

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Drobnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. V. v. Hoffmann und J. V. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem selbigen Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

## Politischer Theil.

Berlin, 9. November.

Eine nicht uninteressante Streitfrage in Betreff des National-Vereins ist zwischen dem preussischen Fortschrittlerthum einerseits und den preussischen Regierungskreisen andererseits zur Verhandlung gekommen. Da wir den beiden streitenden Theilen gleichmäßig fern stehen, so können wir sehr wohl in dieser Sache ein unparteiisches Urtheil abgeben.

Die Streitfrage ist diese: ob der National-Verein dadurch, daß er Preußen auf liberalem Wege an die Spitze Deutschlands bringen will und in diesem Sinne thätig ist, der preussischen Regierung im Ganzen mehr nützt oder schadet.

In fortschrittlichen Kreisen, insbesondere in der National-Zeitung, war nämlich jüngst die Auffassung hervorgetreten, es sei erstaunlich, daß die preussische Regierung gegen den National-Verein Schritte zu beabsichtigen scheine. Denn wenn derselbe auch in sofern sich in Opposition zur jetzigen preussischen Regierung setze, als er „entschieden“ eine liberale Regierungsweise verlange, so sei doch auf der anderen Seite unverkennbar, daß seine Wirksamkeit in Deutschland dem Staate Preußen zu gute kommen müsse. Sein bleibendes Streben laufe ja darauf hinaus, Preußen den ersten Rang und die entscheidende Macht in Deutschland zu verschaffen, und es sei daher unerklärlich, wie irgend eine preussische Regierung, welches auch sonst ihr Verhältnis zu diesem Verein sein möge, in Deutschland gegen denselben auftreten könne.

Hiergegen erhebt sich nun die neueste, heut ausgegebene „Provinzial-Correspondenz“, indem sie, was die Fortschrittsblätter „bittend und warnend“ vorbringen, wie folgt zurückweist:

Es mag dahin gestellt bleiben, inwieweit es bei den beabsichtigten Maßregeln auf den Nationalverein überhaupt abgesehen ist. Aber, wie viel oder wie wenig die preussische Regierung gegen denselben vorhaben möge, die obigen Mahnungen werden sicherlich nicht geeignet, einen Einfluß auf ihre Entschlüsse zu üben.

Die Ziele des Nationalvereins sind niemals die gewesen: die Führung Deutschlands, wie der Nationalverein versteht, hat Preußen jeder abgewiesen, weil dabei der Untergang die Voraussetzung ist.

Der Nationalverein will allerdings einen deutschen Nationalverein an der Spitze, aber nur auf einer rein demokratischen deutschen Grundlage. Wenn Preußen auf diese sogenannte Führung Deutschlands so mühe es überderst die Grundherberigen Nachstellung, vor Allem und alle die Einrichtungen, auf

welchen die glorreiche Entwicklung unseres Landes beruht, unter den Willen eines deutschen Reichsparlaments beugen, in welchem aller Reich und alle Eifersucht gegen Preußen sich mit den revolutionären Leidenschaften in ganz Deutschland vereinigen würden, um der sogenannten „preussischen Spitze“ jede wirkliche „Führung“ unmöglich zu machen. Die Idee des Nationalvereins kann nur in Erfüllung gehen, wenn das preussische Königthum sich der demokratischen Volksherrschaft unterwirft. Preußen müßte erst aufhören, Preußen zu sein.

Jenem unwürdigen Ziele aber entspricht auch die Art und Weise, wie der Nationalverein Preußen jeder Zeit behandelt hat. Wäre es demselben Ernst damit, Preußen an die Spitze Deutschlands zu bringen, so könnte sein Bestreben nicht darauf gerichtet sein, Preußen fort und fort durch Schmähung und Verläumdung herabzuziehen, wie es in Wahrheit geschieht. Seit Jahren sind alle Schritte der preussischen Politik in den Beschlüssen des Nationalvereins auf die gebügteste Weise mißdeutet, geschmäht und verlästert worden. Davon giebt jeder Blick auf die Kundgebungen des Nationalvereins Zeugniß. In einem von dem Ausschuss des Vereins erlassenen Rundschreiben heißt es sogar: „Wenn diejenigen, die jetzt an der Spitze des preussischen Staates am Ruin der preussischen Staatsmacht arbeiten, vollends nach der Leitung Deutschlands greifen wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermeßenheit, dem Nationalverein begegnen.“

Das ist die Art, wie der Nationalverein seine Liebe zu Preußen seit Jahren stets aufs Neue bekundet, die Art, wie er Preußen zur Führung Deutschlands empfohlen hat.

Es wäre denn doch eine gar zu große Demuth und zugleich eine seltsame Verirrung, wenn die preussische Regierung ihre Hoffnungen auf solche Günst und Freundschaft setzen wollte.

Städtlicher Weise haben die Hoffnungen Preußens andere und bessere Grundlagen, und gerade die jetzige Regierung hat dieselben neu belebt, indem sie auf den rechten Grund derselben, auf die Schwerkraft des eigenen Staates und auf die Wiederbelebung des Bewußtseins derselben zurückgegangen ist.

Sollte es der preussischen Politik dabei vergönnt sein, wie sich die Demokraten geringschätzig ausdrücken, „eine Vergrößerung des preussischen Staatsgebiets durch ein paar Herzogthümer zu gewinnen“, so würde sich die Regierung durch Rücksichten auf die höchst bedeutliche Freundschaft des Nationalvereins gewiß nicht davon abhalten lassen. In Wahrheit jedoch haben die Entschlüsse in Bezug auf den Nationalverein und das Vereinswesen, wohin dieselben auch gerichtet sein mögen, mit den Ansichten und Wünschen Preußens in Betreff Schleswig-Holsteins nicht das Mindeste zu thun.

Wir müssen gestehen, daß und die Ausführungen der „Prov.-Corr.“ verwunderlich vorkommen, daß wir der Fortschrittspresse ganz recht geben müssen, wenn sie meint, der National-Verein sei ein ganz trefflicher Kämpfer für das spezifische Preußenthum, und daß wir es daher allerdings erklärlich finden würden, daß wenn die preussische Regierung dem National-Verein ernstlich auf den Leib rüde, Viele sich hierüber wundern würden.

Und zwar aus folgendem Grunde: Die preussische Regierung wird einmal die Opposition der liberalen Bourgeoisie, sie mag machen

was sie will, nun und nimmermehr los — mit oder ohne National-Verein! — denn diese Opposition liegt mit innerer Nothwendigkeit in den Verhältnissen. Nur mit der Bourgeoisie selbst könnte eine aus dem innersten Wesen der Bourgeoisie entsprungene Opposition vom Erdboden verschwinden. Ohne Zweifel ist die Opposition der preussischen Bourgeoisie von einer erbärmlichen Schwäche und Kleinlichkeit — fortauern aber muß und wird dieselbe nichtdestoweniger unter allen Umständen.

Der National-Verein aber ist innerhalb dieser Opposition gerade dasjenige Element, welches nach außen zu Gunsten des preussischen Particularismus wirkt.

Es kommt weniger darauf an, was der National-Verein schließlich möchte oder nicht möchte, sondern vielmehr darauf, ob er nicht, er mag wollen oder nicht, zu Gunsten des spezifischen Preußenthums und somit der preussischen Regierung arbeitet.

So lange nemlich die Regierung in Preußen die Ausbreitung des preussischen Particularismus nach außen lediglich der liberalen Bourgeoisie überließ, mußte sie im Nachtheil sein; von dem Augenblick aber, wo sie selbst denselben nach außen vorkehrte und wirksam machte, war sie im Vortheil.

Denn der preussische Particularismus ist etwas, was in den bestehenden Verhältnissen wurzelt; derselbe muß also nothwendig, wenn man ihn überhaupt zu benutzen versteht, am Besten von demjenigen Elemente zu handhaben sein, welches der oberste Ausdruck der bestehenden Verhältnisse in Preußen ist: der Regierungsgewalt.

Daraus folgt aber weiter, daß wenn andere Elemente zu Gunsten dieses Particularismus thätig sind, dies zuletzt, trotz aller gegenheiligen Phrasen, gerade ihr zu Gute kommen muß.

Die „deutsche Fortschrittspartei“ in Preußen ist weder preussisch noch deutsch, hat von jedem nur ein Stückchen und ermangelt daher jeder selbstständig entscheidenden inneren Kraft.

Wenn man sie nun aber regierungsseitig gerade in dem preussischen Städtchen beschneiden will, in demjenigen, worin sie zu Gunsten des preussischen Particularismus arbeitet, dürfte dies allerdings bei Vielen Bewunderung erregen.

Aber es kommt da eben eine kleine Kleinigkeit — eine gar merkwürdige und wichtige — hinzu: daß es nemlich im Wesen der Fürstenpolitik liegt, daß sie ihre Werkzeuge, selbst wenn sie noch so unterthänig, treu und nützlich sind, doch in dem Augenblicke, wo sie auch nur in irgend einem Punkte und irgendwie ein wenig selbstständig sein wollen und unbequem werden, schonungslos in die Kumpelkammer wirft.

Darum wundere man sich nicht allzusehr über die Fußtritte, welche dem National-Verein von der preussischen Regierung, und nicht allzusehr über diejenigen, welche den Triäslern von den mittelstaatlichen Regierungen etwa demnächst versetzt werden. —



## Deutschland.

**\* Berlin, 9. Novbr.** [Zur Wirksamkeit Bismarcks in Paris] sucht man neuestens von da der „Nöln. Ztg.“ einige Aufklärung zu geben. Der Correspondent meint, viel Welterschütterendes sei nicht zu Stande gekommen, übrigens werde sich die französische Regierung „in rein deutsche Angelegenheiten nicht einmischen“ u. dergl. mehr. Dann heißt es:

Das über die Nationalitätsfrage Nordschleswigs spezielle Unterredungen zwischen den beiden Ministern der auswärtigen Angelegenheiten gepflogen worden, darf man mit um so größerem Fug annehmen, als schon einige Zeit vor der französischen Reise des preussischen Premiers, als Vorläufer gleichsam, gewisse Winke nach dieser Richtung hin gegeben worden sein sollen, die wohl im Stande gewesen wären, bezügliche Anknüpfungspunkte darzubieten für den Fall, daß man es angemessen finden sollte, sie als dergleichen zu benutzen. — Frankreich, man gibt dies jetzt allseitig zu, hat seine materiellen Interessen in den nordalbingischen Herzogthümern zu wahren, aber die traditionelle Freundschaft für das dänische Volk geht weit genug in den Augen der französischen Regierung bei der definitiven Ordnung der Herzogthümer-Frage, eine reparation (Ersatz) zu Gunsten Dänemarks wünschenswert erscheinen zu lassen, um so mehr, als Napoleon III. wohl selbst gern Gelegenheit nähme, darzutun, wie wenig er es vergesse, daß Dänemark seiner treuen Anhänglichkeit an Napoleon I. den Serfist seiner Flotte und ganz Norwegens zuschreiben hatte. — Hieraus dürfte sich nun leicht schließen lassen, daß, wenn Herr v. Bismarck seine Geneigtheit zu erkennen gegeben, auf die Wünsche Frankreichs und seine Principien in der angeordneten Richtung einzugehen, auch die französische Regierung ihrerseits darin eher einen Beweggrund finden könnte, sich den Principien zu accommodiren, als deren Vertreter sich die anwärtige Politik des gegenwärtigen preussischen Minister-Präsidenten hingestellt hat. — Hierin möchte möglicher Weise der Schwerpunkt der gegenwärtigen Situation und der Erfolg oder Nichterfolg des Grafen Bismarck zu suchen sein.

Das hiesige also mit kurzen Worten: der französische Despot hätte gegen die Annexion der Herzogthümer an Preußen, oder vielmehr gegen die Vestbergreichung derselben durch den König von Preußen, nichts einzuwenden, wenn Nordschleswig an Dänemark zurückgegeben würde. In wie weit diese Dinge begründet sind, läßt sich eben nicht sagen. Nur so viel steht fest und ist für jeden ersichtlich, daß, so oft mittelstaatliche Minister sich der französischen Regierung näherten, die liberale preussische Presse mit Recht Lärm schlug, während man den Aufenthalt des Grafen v. Bismarck in Frankreich ganz in der Ordnung zu finden scheint; woraus nachträglich erhellt, daß jenes Lärmgeschlagen nicht aus deutschem Patriotismus, sondern aus preussischem Particularismus hervorging.

[Zum mittelstaatlichen Antrag in der Herzogthümerfrage] schreibt die neueste „Prov. Corr.“:

Keinenfalls wird das erneuerte Vorgehen der erwähnten Mittelstaaten einen größeren Einfluß auf die Entwicklung der Schleswig-Holsteinschen Sache üben,

als frühere ähnliche Versuche. Die Lösung derselben beruht mehr als je lediglich auf dem bundesfreundlichen Einvernehmen zwischen Preußen und Oesterreich.

**\* Wien, 6. Nov.** [Zur Page. Die Tyroler „Glaubenseinheit“. Verbot.] Die amtliche „Abendpost“ ist höchlich erbost über das natürliche Wort des Italienischen Ministers in seiner Wahlrede: Benedic sei nur noch Finanzfrage und das Blatt beweist allen denen, welche „ewig die Verständigung mit Italien predigen“, jenseits der Alpen verstehe man darunter nichts Anderes, als die unterthänigste Unterwerfung vor dem Cabinet von Florenz, dessen Mitglieder „sich herausnehmen können und dürfen, in solcher Weise gegen Oesterreich aufzutreten“. Und dabei ist doch nichts natürlicher, als daß man bei einem Staate, der einmal Land verkauft hat, weiteres Land kaufen zu können glaubt. In der schleswig-holsteinischen Frage, heißt es hierorts, werde man mit leeren Bundesbeschlüssen und Drohnnoten Preußen immerhin gefällig sein; der Maßregelung der Nationalpolitiker deutscher und dänischer Farbe in den Herzogthümern würde man sich auch nicht widersetzen; den Augustenburger habe man ebenso fallen lassen, denn man thue Alles, was nichts koste, um einem Kriege mit Preußen auszuweichen. Aber die Präsidialgewalt in Frankfurt werde das Haus Habsburg zu bewahren wissen und aus Holstein nicht einen Fuß breit weichen. Was die letztere Drohung betrifft, so wird mit wahren Galgenhumor der Grund angegeben: Unsere Finanzleute fragen, was sie in der gegenwärtigen Lage Oesterreichs mit einer Bettelsumme anfangen würden, was als höchster Preis für Holstein bezahlt werden könnte, welches der bodenlosen Finanzlöcher gestopft, welche der leeren Staatskassen gefüllt, auf welchem Geldmarkt Europa's der verlorene Kredit Oesterreichs hergestellt werden sollte, wenn es sich nur um eine Summe von etwa 10 bis 15 Millionen handelte? Wir brauchen mindestens 300 Millionen, um die Zinsen der Staatsschulden und das Deficit zu decken. Preußen sei jetzt, so wird hinzu gefügt, bis dicht an den Schritt gedrängt, der ihm alle Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands zum Feinde machen müsse, nämlich zur Verwirklichung seiner Frankfurter Drohungen, und diesen Schritt möge es allein thun. Ob zu diesem Ansatze von Selbstständigkeit die Nachrichten über den Erfolg Bismarcks in Paris Ursache sind, oder ob die freundschaftliche Annäherung Englands den Muth entlammt, das weiß der Himmel. Auch zur Verhandlung über den Handelsvertrag mit Frankreich werden nun Vorbereitungen getroffen; die Berufung des Sectionsraths Schwarz aus Paris nach Wien bezieht sich hierauf. — In der Tyroler Glaubenseinheit-Frage ist kürzlich eine Entscheidung des Staatsministeriums erlassen, welche zwar den Wünschen der Majorität des Innsbrucker Landtages Rechnung trägt, nicht aber den Grundsätzen religiöser Toleranz und Gleichberechtigung, wie sie

in dem Protestanten-Patente vom April 1861 ihren Ausdruck gefunden: den Protestanten von Meran wurde mittelst Erledigung ihres vor drei Jahren eingereichten Recurses gegen eine Entscheidung der Tyrolischen Statthalterei, welche ihnen die Bildung einer eigenen Kirchengemeinde abschlug, nun definitiv die Constatirung einer solchen untersagt. — Das Eckardtsche „Deutsche Wochenblatt“ ist dahier verboten worden.

— 7. Novbr. [Aus Ungarn], Pest, 4. Nov., bringt die „Augsb. Allg. Ztg.“ eine Correspondenz, in welcher wir unsere gestern ausgesprochene Ansicht in Betreff der Stimmung in Ungarn bestätigt finden. Es heißt da:

Die Dinge beginnen hier mehr und mehr einen trüben Verlauf zu nehmen, und von den früher so nachdrücklich betonten verhältnißlichen Vorschlägen Ungarns und einem eigentlichen Ausgleich ist heute nicht mehr die Rede. Ungarn stellt seine entschiedenen Forderungen in der sicheren Zuversicht, daß dieselben von der westlichen Reichshälfte angenommen werden müssen. Zudem wir uns vorbehalten, diesen gegenwärtig mit Deutlichkeit und Schärfe hervortretenden Zustand der Dinge eingehender zu beleuchten, haben wir für heute nur den Ansatz hervor, daß die diesmal sehr lange Dauer der Wahlbewegung wesentlich dazu beiträgt, radicalen Anschauungen und extremen Forderungen das Uebergewicht zu verschaffen. Ganz abgesehen von dem im Lauf einer jeden politischen Bewegung allmählich immer zunehmenden Einfluß derjenigen Partei, welche ein Princip consequent vertritt, beginnt im vorliegenden Fall die größere Masse durch die unablässigen Agitationen, Wahlversammlungen, Wahlreden und Programme auch zu erschaffen, und wird den rührigen Parteigängern zur leichteren Beute. Daß diese aber nicht Mittelpartei angehöre, ist selbstverständlich. So müssen diese, die Gemäßigten, denn mehr und mehr Boden verlieren, der von den Radicalen schnell und geschickt in Besitz genommen wird. Es lauten daher die in den letzten Tagen veröffentlichten Wahlprogramme rücksichtslos und entschiedener als die früheren, und mit voller Bestimmtheit ist vorherzusagen, daß der zusammentretende Reichstag schon von vornherein an eine sehr radicale Haltung einnehmen wird.

Weiter berichtet derselbe Correspondent:

Der aus der Petition der Wiener Bürgerschaft an den Kaiser bekannte Wunsch der Bevölkerung Ungarns: den Monarchen einen Theil des Jahres hier regelmäßig residiren zu sehen, scheint seiner Verwirklichung nahe gerückt. Wie ungarische Blätter melden, sind Unterhandlungen für den Anlauf der in der Nähe von Pest gelegenen, gegenwärtig im Besitz der belgischen Bank befindlichen Herrschaft Gödöllö, zu der ein Schloß und ein prächtiger Park gehört, für Rechnung des Kaisers eingeleitet. Was den diesjährigen Aufenthalt des Kaisers betrifft, so soll derselbe die drei Monate Januar bis März dauern und sich durch Veranstaltung glanzvoller Hofgesellschaften auszeichnen. Die Bürgerschaft von Pest beabsichtigt ebenfalls dem Kaiser einen glänzenden Empfang zu bereiten, und für den Einzug unter andern einen prächtigen Triumphbogen errichten zu lassen.

Warum auch nicht? Wenn man durchsetzt, was man will, kann man immerhin einige „Triumphbogen“ bauen. Dem Haus Habsburg aber werden

## Genilleton.

Am

### Lucinde oder Kapital und Arbeit.

Roman in 4 Bänden von J. V. v. Schweiger.

Band II, Kapitel 22.\*

#### Ein Schlankopf.

Dachtet ihr, der Köve schlief, weil er nicht brüllte? Schiller. (Hedra II. 18.)

Kaum war die eilende Gesellschaft auf der Straße angelangt, als der Dr. Lang rief: Aber Herman, wissen Sie auch gewiß, daß der Kampf endgültig entschieden ist? Sie können ganz beruhigt sein! versetzte der Gefragte eifrig. Das Militär ist vollständig geschlagen und hat sich vor die Stadt in die Nähe der Sommerresidenz zurückgezogen — in diesem Augenblicke verläßt das letzte Regiment durch das Westende hin die Stadt — Großer Gott! Was wird aus uns werden? jammerte der Professor. Mir ist nicht wohl! Und Ihnen, Professor? rief der kleine Willig, an diesem hinausspringend. Eilen Sie, meine Herren, eilen Sie, rief Zingier

bestig. Bedenken Sie, daß es in entscheidenden Augenblicken rasch zu handeln gilt.

Sie sind ein herrlicher Mann! rief der treffliche Fisch entzückt.

Folgen Sie mir durch diese enge Quergasse! rief Zingier hitzig und stürzte weiter.

Sagen Sie, Herman — rief jetzt der Redacteur, der den Banquier leuchtend zu erreichen suchte — berichten wir in unsern Blättern über den heutigen Abend in Ihrer Bohnung?

Zingier blieb einen Augenblick stehen und rief dann: Unnützig! Unnützig! Lieber Groß! Sie wissen, daß die Begner Alles ausbeuten. — Und mit verdoppelter Eile stürmte der liberale Banquier weiter.

Sagen Sie, lieber Herman? — rief jetzt der Dr. Kurz — wie viele Personen werden in der beabsichtigten provisorischen Regierung sitzen?

Fünf — nicht mehr — war die Antwort.

Nur fünf, mein lieber Herman? rief der Doctor entsetzt, indem er die Gesellschaft mit einem Blick überflog und die Personenzahl derselben zu ermitteln suchte. Nur fünf? Ist das Ihr Ernst?

Allerdings! Dies ist das Aeußerste. Wir dürfen keine schwerfällige Maschinerie hinstellen. Eilen Sie meine Herren, um's Himmels Willen, eilen Sie! Man meint, Sie hätten keine Fäße.

Der Banquier stürmte voraus — die Andern folgten. Nach etwa fünf Minuten hatte man (zwar meist durch

nicht ohne zeitweiligen nothgedrungenen Aufenthalt wegen versperrter Passage) den großen Friedriehsplatz erreicht — derselbe begann gerade, sich mit Menschen zu füllen — an allen Seitenstrassen strömte die Menge herbei — an den meisten Fenstern standen Lichter — einzelne Beschäfteln brannten auf dem Platz.

Die Gesellschaft — Zingier voraus — brach sich Bahn und gelangte bald an den Thorweg des Stadthauses.

Das Thor war verschlossen.

Zingier klingelte bestig.

An dem Fenster nebenan zeigte sich der Portier. Schließen Sie uns auf! schrie Zingier denselben an. Wer sind Sie? fragte dieser.

Im Namen des souveränen Volkes — schrie uns auf! schrie Zingier wüthend.

Einige Sekunden später öffnete sich das Gesellschaft — der liberale Banquier voraus in den Thorweg.

Schließen Sie uns den rothen Saal Saal, auf! schrie Zingier den Portier. Dieser Danton stürzt uns ins B. merte der Professor.

Der Portier zauderte.

Im Namen der Revolution — lauter — schließen Sie uns auf! schrie dieser Kerl ist ein Reactionär der Doctor Lang.

\*) Es sollen noch im Abdruck kommen die Kapitel